

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

ZENTRALSEKRETARIAT

1010 Wien, Teinfaltstraße 7

Tel: +43 1 5345-263 Fax: +43 1 53454 305, e-mail: zentralsekretariat@goed.at

 ZS

An das
**Bundesministerium
für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort**
Stubenring 1
1011 Wien

per E-Mail: post.pers6@bmdw.gv.at
sowie: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at
ernst.tuechler@oegb.at

Unser Zeichen:
ZI. 8.821/2018-VA/Dr.Qu/WaV

Ihr Zeichen:
BMDW-15.875/0035-Pers/6/2018

Datum:
Wien, 11. April 2018

**Betrifft: Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung geändert wird;
Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

In offener Frist übermittelt die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ihre Stellungnahme zum oben genannten Gesetzesentwurf.

Grundsätzlich wird das Bekenntnis zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung im Sinne der ArbeitnehmerInnen begrüßt. **Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich muss im Sinne einer ökosozialen Marktwirtschaft dazu dienen, die Lebensqualität und den Wohlstand der in Österreich lebenden Menschen zu erhöhen.**

In formaler Hinsicht wird angemerkt, dass das derzeit gültige Bundesverfassungsgesetz über die Nachhaltigkeit, den Tierschutz, den umfassenden Umweltschutz, die Sicherstellung der Wasser- und Lebensmittelversorgung und die Forschung Staatsziele postuliert, die inhaltlich in engem Zusammenhang stehen. Die Erweiterung des Gesetzes um das Bekenntnis „zu einem wettbewerbsfähigen





Wirtschaftsstandort als Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung“ wird einerseits dem Titel des Gesetzes nicht gerecht. Andererseits wird dadurch der falsche Eindruck erweckt, das Gesetz diene nun als ein allgemeines Staatszielgesetz, in dem sämtliche Staatsziele definiert seien, was nicht der Realität entspricht.

Inhaltlich weisen wir darauf hin, dass die anderen in diesem Gesetz postulierten Staatsziele u. U. mit dem neuen Staatsziel in Konflikt geraten (etwa umfassender Umweltschutz vs. Wachstum und Beschäftigung). Da keinerlei Priorisierung der Staatsziele vorgenommen wird, scheint eine gewisse Rechtsunsicherheit vorprogrammiert zu sein. Die Zielsetzung „wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort“ darf die anderen Staatsziele nicht konterkarieren.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert eine Erweiterung um folgende Aspekte:

- Wahrung und Ausbau der Sozialpartnerschaft
- Wahrung und Ausbau sozial gerechter Beschäftigungsbedingungen
- Gewährleistung eines fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs
- Schutz gegen Sozial- und Lohndumping
- menschenwürdige Erwerbschancen

Die GÖD ersucht um Berücksichtigung der Stellungnahme.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Walter Hirsch
Vorsitzender

